



Bedingungsloses Grundeinkommen

**"1500 Euro im Monat für
jeden Erwachsenen -
das ist machbar"**

Ein festes Einkommen, das zum Leben reicht - ohne Arbeit und Gegenleistung? Wirtschaftsprüfer Brüne Schloen rechnet vor, wie ein solches Modell funktionieren könnte. Von Marianne Wellershoff

SPIEGEL: Herr Schloen, „Grundeinkommen und Menschenwürde“ haben Sie Ihr kürzlich erschienen Buch genannt. Was hat denn das beides miteinander zu tun?

Schloen: Wer seine Menschenrechte wahrnehmen will, braucht dafür eine materielle Grundlage. Die ist Basis für Freiheit und Gleichheit. Da bin ich ganz bei Karl Marx.

SPIEGEL: Und welche Summe veranschlagen Sie dafür?

Schloen: 1500 Euro im Monat für jeden Erwachsenen, der seit mindestens zwei Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und in Deutschland lebt. Für Kinder gibt es durchschnittlich 300 Euro, und für Rentner wird die Rente bis auf 1500 Euro aufgestockt. 1500 Euro sind 300 Euro mehr, als über Hartz IV maximal ausgezahlt wird. Das ist eine auskömmliche Summe zum Leben.

SPIEGEL: Wäre es da nicht einfacher, die Hartz IV-Auszahlungen zu erhöhen?

Schloen: Nein, denn das Hartz IV-System ist an viele Bedingungen geknüpft. Das Vermögen muss, bis auf 5000 Euro, aufgebraucht werden, die Wohnung darf nur eine bestimmte Größe haben und eine bestimmte Miete kosten, der Zuverdienst wird ab einer Höhe von mehr als 100 Euro zu achtzig Prozent wieder abgezogen. Und so weiter. Das bedingungslose Grundeinkommen ist dagegen, wie der Name sagt, an keine Bedingungen geknüpft.

SPIEGEL: Auch nicht ans Einkommen also. Warum sollen denn Menschen 1500 Euro im Monat erhalten, die sowieso schon 15.000 oder 150.000 Euro im Monat verdienen?

Schloen: Weil es keine Differenzierung in der Grenze des Grundeinkommens geben soll. Was über diese Grenze hinaus geht, wird allerdings besteuert. Und für Einkommen über 75.000 Euro netto im Jahr, inklusive Grundeinkommen natürlich, auch schärfer, als es heute der Fall ist. Da wird nicht nur das Grundeinkommen quasi wieder abgezogen, sondern die steuerliche Belastung steigt insgesamt. Diese Menschen haben am Ende weniger Geld zur Verfügung als heute.

SPIEGEL: Das läuft auf eine Umverteilung von Reichtum hinaus.

Schloen: Ja, und das ist auch ein Ziel des Grundeinkommens. Zehn Prozent der Deutschen besitzen heute rund sechzig Prozent des gesamten Vermögens. Der unteren Hälfte der Bevölkerung gehören vier Prozent des Vermögens. Diese Spaltung der Gesellschaft wird Von Jahr zu Jahr tiefer. Sie ist ungerecht, sie destabilisiert das Land und macht manche Menschen anfällig für Populisten am Rand des politischen Spektrums. Dem soll das bedingungslose Grundeinkommen entgegenwirken.

SPIEGEL: Sie sind nicht der Erste, der das bedingungslose Grundeinkommen fordert, in manchen Ländern gibt es das sogar schon. In Berlin wird es ab Juli an einer kleinen Stichprobe getestet. Was unterscheidet denn Ihren Entwurf von den Ideen, die beispielsweise Götz Werner, Gründer der Drogeriemarkt-Kette dm, oder der Philosoph Richard David Precht geäußert haben?

Schloen: Ich habe eine solide Finanzierung aufgestellt.

SPIEGEL: Und wie sieht die aus?

Schloen: Ich gehe von 72 Millionen Menschen aus, die das bedingungslose Grundeinkommen beziehen dürfen. Davon sind 14 Millionen Rentner und 10,4 Millionen Kinder. Das ergibt einen Finanzbedarf von rund einer Billion Euro im Jahr.

SPIEGEL: Eine ziemlich eindrucksvolle Summe.

Schloen: Stimmt, aber das ist machbar. Von der Billion Euro muss man die Hartz IV- und sonstigen Sozialleistungen abziehen sowie die Kosten für das entsprechende Behörden-Personal, das man ja auch nicht mehr braucht. Die Arbeitgeber zahlen zukünftig nicht in die Sozialkassen ein, sondern in eine Grundsicherungsabgabe. Dann wird bei jenen mit einem höheren Jahresverdienst das Grundeinkommen über die Einkommenssteuer wieder abgezogen, da gleichen sich Ausgaben fürs Grundeinkommen und Steuereinnahmen also aus. Außerdem gibt es Steuererhöhungen. Das obere Drittel der Steuerpflichtigen wird mehr zahlen müssen. Die Umsatzsteuer steigt für manche Produkte auf 19 Prozent. Und vor allem: Die Erbschaftssteuer steigt sehr stark.

SPIEGEL: Den Erben wird das nicht gefallen.

Schloen: Das mag sein, aber meines Erachtens sind nicht die Einkommensunterschiede der maßgebliche Faktor für das Auseinanderdriften von Arm und Reich, sondern das Vermögen. Und mit jeder Erbgeneration verschärft sich das Problem. Die heutige Erbschaftssteuer ist einfach viel zu niedrig. Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine gute Gelegenheit, diesen Fehler im System abzustellen.

SPIEGEL: Wie gut Ihre Vorschläge bei den Deutschen ankommen, hängt sicherlich auch davon ab, wie viele von diesen profitieren würden.

Schloen: Nach meinen Berechnungen hätten etwa siebzig Prozent der Deutschen mehr Geld zur Verfügung als heute. Und wir hätten mehr Gerechtigkeit im Land: weil das Geld umverteilt wird über die Erbschaftssteuer, weil die Höherverdienenden auch höhere Sätze in der Einkommensteuer zahlen. Und über eine erhöhte Umsatzsteuer für bestimmte Produkte könnten wir auch ökologisch etwas bewegen: wenn zum Beispiel für Fleisch nicht die begünstigte 7 Prozent Mehrwertsteuer angesetzt wird, sondern der

normale Satz von 19 Prozent. Insgesamt sind das mehr als 200 Milliarden Euro, die Deutschland jedes Jahr etwas besser machen.

SPIEGEL: Vielleicht ziehen die reichen Erben dann lieber auf die Virgin Islands, ins sonnenbeschienene Steuerparadies, als den Weg in eine gerechtere deutsche Gesellschaft zu finanzieren?

Schloen: Ich habe jahrelang als Wirtschaftsprüfer sehr vermögende Erben beraten. Von denen hatten nur die wenigsten Lust, in die Schweiz zu übersiedeln, von der Karibik ganz zu schweigen. Diese Menschen wissen, was für ein Wert es ist, in einem geordneten und sicheren Staat zu leben und die Kinder hier zur Schule gehen zu lassen. Klar, der eine oder andere Junggeselle macht sich dann auf den Weg in die Schweiz, vor allem, wenn sein Unternehmen ohnehin international aufgestellt ist. Und den Superreichen kann es egal sein, dass das Leben in der Schweiz ziemlich kostspielig ist. Aber ich bin sicher, es wird kein Exodus werden. Und eine erhöhte Einkommensteuer wird für diese Menschen auch kein Grund sein, das Land zu verlassen. Dazu ist die von mir vorgesehene Erhöhung zu moderat.

SPIEGEL: Was bedeutet „moderat“?

Schloen: Einen Spitzensteuersatz von 55 Prozent. Den gab es zu Zeiten der CDU-Regierung bereits.

SPIEGEL: Und was stellen Sie sich für die Erbschaftssteuer vor?

Schloen: Dreißig Prozent für eine Erbschaft unter einer Million Euro, vierzig Prozent bis fünf Millionen, und fünfzig Prozent ab fünf Millionen. Im Durchschnitt kommt man da auf 45,5 Prozent. Da ich auf Basis der vergangenen Jahre von 200 Milliarden Euro ausgehe, die jährlich in Deutschland vererbt werden, komme ich auf 91 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Zum Vergleich: Derzeit liegen die Einnahmen über die Erbschaftssteuer bei etwa 6 Milliarden Euro.

SPIEGEL: Wenn ein Erbe 45,5 Prozent Steuern für das geerbte Familienunternehmen zahlen muss, kann er vermutlich gleich Insolvenz anmelden.

Schloen: Nein, denn dafür habe ich eine Lösung entwickelt: Die Steuer wird über 30 Jahre gestreckt bezahlt, so dass sie dann, Annuität eingerechnet, bei drei Prozent jährlich liegt. Wenn ein Erbe das nicht aus seinem Unternehmen herausholen kann, dann ist er eh am falschen Platz. Für alle anderen Mittelständler sind diese drei Prozent kein Grund, den Standort Deutschland zu verlassen.

SPIEGEL: Was hat Sie eigentlich motiviert, sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu beschäftigen?

Schloen: Ich glaube, dass durch die Digitalisierung perspektivisch so viele Jobs wegfallen werden, dass wir besser jetzt schon über die Trennung von Arbeit und Einkommen nachdenken sollten. Ich bin überzeugt, dass die Menschen gerne arbeiten, und dass sie am liebsten frei und selbstständig arbeiten. Das bedingungslose Grundeinkommen stärkt ihr Selbstbewusstsein, und es würde ihnen ermöglichen, ein unbefriedigendes Angestelltenverhältnis zu verlassen und ein eigenes Unternehmen zu starten.

SPIEGEL: Und wenn viele Fachkräfte beschließen, doch lieber gar nicht zu arbeiten? An Fachkräften mangelt es doch jetzt schon?

Schloen: Das bedingungslose Grundeinkommen ist nicht hoch genug, um dafür ein wirklicher Anreiz zu sein. Auf einen schönen Verdienst werden die wenigsten verzichten wollen. Außerdem wollen sehr viele Mensch einen Sinn in ihrem Leben sehen, und den definieren sie auch über ihre Arbeit.

SPIEGEL: Was halten Sie von Gegenleistungen für die 1500 Euro, zum Beispiel in Form von ehrenamtlichem Engagement?

Schloen: Nichts, denn bedingungslos ist bedingungslos. Allerdings hätten die Menschen mehr Freiräume fürs Ehrenamt.

SPIEGEL: Jedenfalls, wenn sie nicht lieber in der Hängematte schaukeln. motiviert, sondern über Anerkennung. Gesehen und anerkannt zu werden, ist für Menschen wichtiger, als am Jahresende noch eine Bonuszahlung auf dem Konto zu finden.

SPIEGEL: Wenn alle mehr Geld haben, konsumieren sie auch mehr. Ökologisch gedacht ist das nicht.

Schloen: Wieso? Die Menschen können das zusätzliche Geld auch für teurere Bio-Lebensmittel ausgeben, für fair produzierte Kleidung. Aber im Prinzip haben Sie natürlich Recht, wenn das bedingungslose Grundeinkommen für Diesel und Rindersteaks drauf geht wird, dann ist das schädlich fürs Klima. Genau deshalb gehört zum Konzept auch die ökologisch ausgerichtete Umsatzsteuer. Produkte, die mit hohen CO₂-Ausstoß hergestellt werden, müssen entsprechend hoch besteuert werden. Ich sehe es so: Wenn es das bedingungslose Grundeinkommen gibt, kann auch Treibstoff teurer werden, ohne dass die deutschen Politiker sich vor Gelbwesten auf den deutschen Straßen fürchten müssen.

SPIEGEL: Von welcher politischen Partei erhoffen Sie sich denn Unterstützung?

Schloen: Ich denke, das ist ein Thema für die Grünen, weil es Ökologie und soziale Gerechtigkeit vereint. Damit könnten die Grünen ein neues Zukunftsthema besetzen. Katja Kipping von der Linken hat sich für das bedingungslose Grundeinkommen ausgesprochen, hat aber ihre Partei nicht hinter sich. Der SPD traue ich es derzeit, ehrlich gesagt nicht zu, dass sie sich neu orientiert und endlich die soziale Gerechtigkeit aus dem Status als Floskel erlöst und Inhalte damit verbindet. Außerdem sind die Gewerkschaften gegen das bedingungslose Grundeinkommen, weil sie Angst haben, dass es sie bei den Tarifverhandlungen schwächen könnte. Weil die Arbeitnehmer nicht mehr zu hundert Prozent auf ihr Gehalt angewiesen sind und daher an Kampfeslust verlieren könnten.

SPIEGEL: Aber wenn die große Mehrheit der deutschen Wähler auf der Gewinnerseite steht, dann müsste das bedingungslose Grundeinkommen doch ein Selbstgänger sein.

Schloen: Ja, das müsste es eigentlich. Aber die Politiker müssen erstmal begreifen, welche Chance das bedingungslose Grundeinkommen für unsere Gesellschaft ist und für welche Zukunftsthemen es Lösungen anbietet. Doch die wenigsten beschäftigen sich damit. Unsere politische Elite besteht leider größtenteils aus Schlafwandlern.